

Evangelische Verantwortung

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Themen:

Editorial	3
Krise als Chance	8
Evangelisches Leserforum	14
Aus unserer Arbeit	15

Christ und Politik

Bundespräsident a. D. Dr. Richard von Weizsäcker

Hermann Ehlers, dessen 100. Geburts- und 50. Todestages wir in diesem Jahr gedenken, ist eine Schlüsselpersonlichkeit, die unsere freie, rechtsstaatliche, demokratische Republik geschaffen hat und die für unsere Besinnung wichtig ist, nicht nur aus Gründen des Dankes und der Hochachtung für ihn, sondern auch als unvermindert notwendige Orientierung auf unserem weiteren Weg.

Kürzlich war ich in der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin. Dort hat Hermann Ehlers mit sei-



„Der Versuch, sich in der Politik als Christ zu bekennen, ist ein Ärgernis, aber auch ein notwendiges!“

nem Namen quasi als Schirmherr für eine Tagung zur Verfügung gestanden, die den Titel trug „Politik und Ökumene“. Ein ziemlich anspruchsvoller Titel, aber gewiss auch von zentraler Bedeutung. Ein Grunddatum der deutschen Geschichte war sicherlich die konfessio-

nelle Spaltung seit dem 16. Jahrhundert durch die Reformation. Erlauben Sie mir im Bezug auf das Gewicht dieses Ereignisses mich darauf zu besinnen, dass ich einmal ein Buch von Otto von Habsburg gelesen habe, der über seinen großen Vorfahren, Karl den V., im 16. Jahrhundert geschrieben hat, Karl der V. sei die größte Persönlichkeit des 16. Jahrhunderts gewesen, aber deshalb habe er auch nicht ausgelassen, den größten Fehler zu machen, den das 16. Jahrhundert bot, nämlich gemäß seiner Zusage, Luther aus Worms wieder unbeschädigt abreisen zu lassen. Hätte Karl der V. übersehen, was das für Folgen hatte, dann hätte er wohl doch in seinem Gewissen einen Platz gefunden, um sich umzubesinnen, und hätte er sich umbesonnen, so wären wir bis zum heutigen Tage kein gespaltener Kontinent und kein in unseren Bekenntnissen gespaltenes Deutschland. Ich teile diese Meinung nicht. Ich glaube, Otto von Habsburg weiß auch, dass im Grunde niemand diese Meinung teilt, er wollte nur auf das Gewicht der Spaltung hinweisen, und sie ist ja bis tief in unser Leben, in unser Denken, in unsere Politik des 20. Jahrhunderts vorgedrungen.

Zweifellos hat sich die CDU in dieser Spaltung mit ihrer Aufgabe zurechtgefunden, zur Überwindung der konfessionellen Gegensätze in Deutschland beizutragen. Doch da kommt man nun gleich auf ein zentrales Problem einer freiheitlichen Parteiendemokratie. War und ist es das Ziel einer großen Partei, entscheidende Hilfe zur Überwindung der unseligen Spaltung zu geben und damit also zur Kräftigung des Landes hinzuführen? Ökumene – war das das zentrale

Ein Grunddatum der deutschen Geschichte war sicherlich die konfessionelle Spaltung seit dem 16. Jahrhundert durch die Reformation.

Ziel der Partei? Oder war es doch nicht vielmehr auch Ziel, sich im demokratisch natürlich vollkommen legitimen Kampf um Stimmen, um Mehrheiten, der alten partiellen Fessel zu entledigen, die wir im Zusammenhang mit dem Stichwort des Zentrums kennen, und sich durch die Protestanten auch zu stärken? Mit anderen Worten: Ging es nicht vielmehr auch darum, das hehre Ziel der Ökumene zum Wohl des Landes, vielleicht auch ein bisschen zu instrumentalisieren, um als Partei der Macht näher zu kommen? Das ist ja ein klassisches Grundproblem bzw. eine Grundaufgabe in unserer Parteiendemokratie: Soll man nun den Machtkampf führen, damit die eigenen guten Vorschläge zur Lösung der Probleme realisiert werden können, oder ist man nicht oft auch genötigt, die Probleme zu instrumentalisieren, um überhaupt an die Macht zu kommen? Dies ist ein generelles Glaubwürdigkeitsproblem in der Politik, das immer wieder auftaucht und das immer wieder zur Sprache gebracht werden muss. Dies so deutlich zu formulieren, bedeutet nun nicht, gleich eine Absage an die Parteiendemokratie vorzunehmen, sondern ist der Tatsache geschuldet, dass beides, Machtkampf und inhaltliches Ringen, in der Politik natürlich zusammengehört.

Erlauben Sie mir ein Beispiel zu erwähnen, das ich nun selber mit Konrad Adenauer erlebt habe. 1965 war der Evangelische Kirchentag nach Köln eingeladen. Unser Gastgeber war Kardinal Frings. Er begrüßte das Leitungsgremium des Evangelischen Kirchentages, dessen Präsident ich damals war, nicht so mit den üblichen freundlichen Worten der Gastfreundschaft, sondern er machte nichts anderes als eine kleine Bibelarbeit über die Losung dieses Kirchentages. „Bestehet nun in der Freiheit, zu der euch Christus befreit hat“ aus dem Galaterbrief. Das war im Dommuseum neben dem Kölner Dom und der kleine Kardinal, schon fast erblindet, begrüßte uns mit dieser ernsthaften Bibelarbeit auf eine überaus eindrucksvolle Weise. Wir alle waren gepackt davon, wir waren so gepackt davon, dass vor meinen eigenen Augen zwei Meter entfernt Adenauer Martin Niemöller umarmte. Das muss man sich mal vorstellen.

Im gleichen Jahr hatte mich vorher ein Brief von Adenauer erreicht. Ich war damals in Rheinland-Pfalz und Helmut Kohl hatte gefragt, ob ich nicht für den Bundestag kandidieren wolle und könne. Zusammen mit Adenauer sagte er (nachdem beide zunächst an Ludwigshafen gedacht hatten) ich müsse in Worms kandidieren: in der Lutherstadt! Nun sagte ich, ich könne nicht gleichzeitig die Verantwortung im Kirchentag haben und für den Bundestag kandidieren. Ich bin dann aber später doch im Kreis-

verband Worms gewesen. Als ich eintrat, hatte ich dann allerdings das Gefühl, ich wäre dort der einzige Protestant!

Was lässt sich nun aus alledem zunächst folgern? – Ich denke, zum Thema „Christ und Politik“ zählt gewiss auch die Frage nach CDU und Ökumene, aber bei dieser Fragestellung muss unser Blick, soweit wir es können, weiter und tiefer gehen, als es oft geschieht. Das lässt sich an der Person und dem Werk von Hermann Ehlers veranschaulichen: Hermann Ehlers war ein bekennender Christ. Das war keine Beigabe, vielmehr hat es seinen ganzen Lebensweg geprägt, in der Zeit der Weimarer Republik, in der Nazizeit und in der jungen Bundesrepublik Deutschland. Christ zu sein bedeutete für ihn immer wieder sich zu bekennen und zu verantworten. Er konnte und wollte sich nicht heraushalten. Das bedeutete, er musste sich im Gemeinwesen engagieren. Das ist doch auch heute für uns alle das Wichtigste. Er tat das als guter Lutheraner. Es ging ihm um die rechte Einstellung zum Staat, der von Gott her seine Würde hat. Wissen wir das heute noch? Das heißt, der Staat hat nicht die Kraft und die Aufgabe jetzt und hier das Reich Gottes oder einen Vorschuss dorthin darzustellen, aber er ist eine Ordnung, oder eine Notordnung, mit der Verantwortung, die Menschen in ihm zu erhalten und damit Leben und Blühen und Zusammenleben zu ermöglichen. Dazu braucht und dazu hat der Staat Macht und Recht, es auszuüben. Er muss Ordnung durchsetzen, er muss auch strafen können.

In alledem werden die Wurzeln spürbar, die das Wesen und Leben von Hermann Ehlers geprägt haben, also ein lutherischer Christ, ein Konservativer und nicht zuletzt auch ein Preuße. Dass er in seinem Leben sehr unter dem Jahr 1866 gelitten hätte, habe ich bisher bei ihm nicht festgestellt. Man kann aber sehr wohl preußische Wurzeln bei ihm entdecken, und ich glaube, dass das auch niemandem in Niedersachsen heute schadet.

Preußen, das war ja kein Volk oder Stamm, sondern wie Sebastian Haffner sagt: ein Staatskunstwerk. Kein Nationalstaat, sondern ein Rationalstaat. In die große demokratische nationale Bewegung des Jahres 1848 passte das „auf den Kopf“ konservative Preußen doch nur mit einiger Mühe hinein. Dabei gab es doch gerade in Preußen erste Schritte in Richtung von staatlicher Verwirklichung der Erkenntnisse der Aufklärung. Der „Alte Fritz“ war immerhin der Erste, der anfangs, so etwas wie einen Rechtsstaat zu schaffen. Er machte es mit gelegentlich recht drastischen Mitteln. Zum Beispiel wollte er

Das ist ja ein klassisches Grundproblem bzw. eine Grundaufgabe in unserer Parteiendemokratie: Soll man nun den Machtkampf führen, damit die eigenen guten Vorschläge zur Lösung der Probleme realisiert werden können, oder ist man nicht oft auch genötigt, die Probleme zu instrumentalisieren, um überhaupt an die Macht zu kommen?

Liebe Leserin, lieber Leser,

seit kurzem präsentiert sich der EAK in einem neuen, frischen Gewande, zu dem auch die Neugestaltung unseres **Internetauftrittes** gehört. Anlässlich eines Empfangs im Konrad-Adenauer-Haus am 20. Oktober – im Anschluss an den Festakt im Deutschen Bundestag zu Ehren von Hermann Ehlers – präsentierte der EAK in Anwesenheit des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, **Laurenz Meyer**, seine neue Internetpräsenz. Die **neue Werbelinie** will nun keinesfalls alten Wein in neue Schläuche gießen. Es ist vielmehr so, dass die wesentliche und wichtige Aufgabe, der sich der EAK ja seit 52 Jahren erfolgreich stellt, auch im Wandel der Zeit immer jung und aktuell geblieben ist. Dass der EAK mit seiner Arbeit am Puls der Zeit ist, zeigt er nicht nur, indem er sich in aktuelle politische und gesellschaftliche Debatten einmischt und Stellung bezieht, sondern nunmehr auch durch sein neues Erscheinungsbild. Schauen Sie doch einfach mal auf unserer neuen Internetseite unter **www.eak-cducsu.de** vorbei.

Die vielfältigen Stimmen, mit denen die Union in den letzten Wochen und Monaten gesprochen hat, sind nicht alle konstruktiv gewesen und haben uns in unserem gemeinsamen Anliegen nicht immer vorangebracht. Sicher, eine Volkspartei wie die Union lebt natürlich auch von der Vielzahl der Meinungen ihrer Mitglieder sowie ihrer Funktions- und Mandatsträger. Dabei dürfen wir jedoch unser gemeinsames Ziel, die anstehenden Landtagswahlen im kommenden Jahr und die Bundestagswahl 2006 für uns zu entscheiden, nicht aus dem Blick verlieren. Daher ist es besonders wichtig, dass wir uns programmatisch klar und geschlossen präsentieren. Auf dem **18. Parteitag der CDU**, der am 6. und 7. Dezember in Düsseldorf stattfindet, wird sich der EAK an der inhaltlichen Debatte mit Anträgen zu folgenden Themen beteiligen: Der Schutz der elementaren Menschenrechte als politische Kernaufgabe der Zukunft, das Angebot an die Türkei für eine privilegierte Partnerschaft mit der EU, der Einsatz für mehr Generationengerechtigkeit und die flächendeckende Einrichtung des konfessionellen Religionsunterrichtes als ordentliches Lehrfach sind die Kernthemen, für die sich der EAK auf dem Parteitag in Düsseldorf stark macht.

Ein weiteres wichtiges Thema, zu dem der EAK einen Antrag auf dem Parteitag einbringt, ist das Thema **Patientenverfügung**. Hier besteht rechtlich dringend Klärungsbedarf – zahlreiche Einzelschicksale in unseren Krankenhäusern, Hospizen und Pflegeeinrichtungen zeigen dies täglich. Bundesjustizministerin Zypries hat gerade hierzu einen Gesetzesentwurf vorgelegt,

der jedoch völlig unzureichend ist, da er weitgehend auf Vorschriften zum Schutz des Patienten verzichtet und Missbrauchsgefahren schafft. Weder sieht der Vorschlag eine Begrenzung der Reichweite für Patientenverfügungen vor noch regelt er zufriedenstellend deren Umsetzung. Besonderer Mangel des Entwurfes ist das Fehlen jeglicher Formvorschriften und der Verzicht auf eine zwingende Schriftform. Dies verkennt die Bedeutung einer lebensbeendenden Nichteinwilligung in eine medizinische Maßnahme. Es entsteht ein Wertungswiderspruch zu anderen Formerfordernissen des Bürgerlichen Gesetzbuches, das selbst für Grundstückskäufe und Schenkungen strengere Formen vorsieht. Geht es um Entscheidungen über Leben und Tod, sollte der Erklärende erst Recht vor Übereilung, Missdeutung und Missbrauch geschützt werden. Die Schriftform sollte daher unerlässlich sein.

Bedenklich ist zudem die Ausweitung des mutmaßlichen Willens. Unbegrenzt soll ohne vormundschaftsgerichtliche Kontrolle ein vermutter Wille ausreichen, um lebensnotwendige Maßnahmen zu unterlassen. Voraussetzung ist lediglich die Entscheidung eines Bevollmächtigten oder die des Arztes und des Betreuers. Der Vorschlag von Bundesministerin Zypries offenbart eine gefährliche Tendenz: Die Ansichten und Wertvorstellungen Dritter entscheiden zunehmend über lebenserhaltende Maßnahmen, nicht mehr der Patient.

Der Gesetzesentwurf hätte mehr Rechtssicherheit schaffen sollen. Dieses Ziel hat die Bundesjustizministerin verfehlt. Wir fordern daher eine Nachbesserung, die auch dem Gedanken des Lebensschutzes Rechnung trägt und mit mehr Achtsamkeit mit möglichen Gefahren des Missbrauchs umgeht. Der EAK spricht sich für eine Stärkung der Patientenverfügung und für deren gesetzliche Verankerung aus. Dies entspricht unserem Gedanken, sowohl die Menschen in ihren existenziellen Lebenslagen ernst zu nehmen als auch die Gesundheit und das Leben der Menschen zu schützen.

Gottes Segen!

Ihr



Thomas Rachel MdB
(Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU)



„Der Vorschlag von Bundesministerin Zypries offenbart eine gefährliche Tendenz: Die Ansichten und Wertvorstellungen Dritter entscheiden zunehmend über lebenserhaltende Maßnahmen, nicht mehr der Patient.“

nicht, dass bei den Gerichten immer die Reichen gegen die Armen gewinnen. Und wenn es dann mal wieder in einem Prozess anders, als er es für gerecht empfand, verlief, dann setzte er halt die Richter ab. Also dieser Teil des Rechtsstaats war noch nicht ganz verwirklicht.

Es war eine liberale, eine tolerante Atmosphäre. Die Einwanderer waren willkommen. Es gab keine Vorschriften, was sie denken sollten. Bekannt geworden ist dieses Preußen immer nur als Militärstaat, dabei hat es natürlich im 18. Jahrhundert wie alle anderen damaligen Staaten Eroberungskriege geführt. Die Armee war angesehen, aber regiert hat sie nie. Nie hat es einen Militärputsch gegeben. Und überdies: In der Weimarer Republik war in Preußen die wirklich demokratische Bastion gegen Hitler. Mitterand, der französische Staatspräsident, hat mir immer wieder gesagt, er habe genau gewusst, dass der Nationalsozialismus nicht in Preußen entstanden sei.

Wir machen Politik mit denselben menschlichen Eigenschaften, wie dies in anderen Parteien auch geschieht. Wir versagen vor den Forderungen der Bergpredigt nicht weniger als andere.

Preußen ist eben doch auch wirklich mit sinnstiftend gewesen für Hermann Ehlers, in einem, wie ich finde, außerordentlich wichtigen und positiven Sinn. Zugleich war er ja nun selber, Hermann Ehlers, selbstkritisch und kritisch in der Weimarer Zeit. Demokratie und nationaler Gedanke, war das nicht ein Gegensatz auch für ihn zunächst?

Ehlers hat 1929 eine Dissertation über das Thema „Wesen und Wirkungen eines Reichslandes Preußen“ geschrieben. Verzeihen Sie, dass es schon wieder um Preußen geht, ich bin ja selber gar kein Preuße, sondern Schwabe, aber dennoch hat es mich eben sehr beeindruckt, was ich im Zeichen von Preußen alles erfahren und gelernt habe, auch bei Hermann Ehlers. Seine Dissertation war angeregt durch den berühmten, berüchtigten, Professor Carl Schmitt, ein scharfer Denker, der seine Schärfe aber eben auch dazu benutzte, um sich der Autorität im Staat all zu sehr anzunähern. Unter liberalen preußischen Überlieferungen war das ziemlich weit entfernt. Aber Hermann Ehlers – ich habe die Dissertation nicht gelesen, muss ich gestehen – hat sich natürlich selbständig mit diesen Fragen befasst. Ihn in diesem Sinne als Carl-Schmitt-Schüler zu bezeichnen, würde ich für eine Diffamierung halten.

Dann kam Hitler an die Macht, die Zeiten davor waren schwer genug, die Weimarer Republik hatte ja darunter gelitten, nicht dass es zu früh zu viele Nazis gegeben hätte, sondern zu lange zu wenig Demokraten. Und die schwere wirtschaftliche Not, 7 Millionen Arbeitslose in einer Bevölkerung von 60 Millionen Menschen, wer

hat nicht damals alles Ausschau gehalten nach Auswegen? Ich denke an Carl Zuckmayer, der einmal ausgerufen hat: „Die Lage ist so schlimm, man kann nur noch entweder katholisch oder Kommunist werden“. Er war von beidem gleichweit entfernt und wollte natürlich die beiden auch nicht parallelisieren, er wollte nur sagen, man muss sich halt schließlich irgendwo orientieren, wo wirklich ein Konzept für die Welt und die Menschen zu finden sei.

Hermann Ehlers war noch dem Stahlhelm beigetreten, 1933, aber entscheidend geprägt blieb er in allen Spannungsverhältnissen am Ende immer durch den christlichen Glauben. In der christlichen Jugendbewegung, als BKler, früh genug aktiv, und als dann die Übernahme in die Hitlerjugend drohte, kam es zur Selbstauflösung. Der Reichskirche und dem Reichsbischof hielt er sich fern. Er gehörte zur Bekennenden Kirche. Er war im geschäftsführenden Ausschuss des Bruderrats. Einmal ist er sogar verhaftet worden. Eine schwere Zeit, eine Zeit im Geiste seines christlichen Glaubens. Nach dem Krieg, er war Oberkirchenrat in Oldenburg, führte ihn sein aktives, gelebtes Christentum, sein ernsthaftes Bekennen in die Öffentlichkeit hinein und sein Einsatz, das Wahlrecht ernst zu nehmen, gradlinig in die CDU.

Aber an dieser Stelle sind nun einige Grundüberlegungen notwendig – die Ehlers natürlich auch nicht fremd waren-, die man, um von ihm zu lernen, um ihn zu ehren, um ihm zu folgen, stets in Kopf und Herz bewegen sollte: Die großen Probleme der Zeit wären lösbar, wenn wir Menschen in der Lage wären, persönlich und politisch gemäß der Bergpredigt zu handeln. Ihren absoluten sittlichen Forderungen zu entsprechen, wäre vielleicht die einzige ausreichende Antwort um Frieden und Gerechtigkeit zu erlangen. Wir Menschen scheitern aber immer wieder an diesen Forderungen. Katastrophen waren schon früher die Folge. Niemand weiß, wie wir es schaffen werden, neuen Katastrophen zu entgehen.

Was kann also einer meinen, der die eigenen politische Partei christlich nennt? Welchen Eindruck erweckt er? Legt er nicht doch den Schluss nahe, als sei seine Politik der Bergpredigt besonders verbunden und als seien er und seine Freunde daher zur Lösung der Probleme daher am besten befähigt? Aber das können wir doch gar nicht meinen! Ebenso wenig, wie wir es von anderen wünschen. Wir machen Politik mit denselben menschlichen Eigenschaften, wie dies in anderen Parteien auch geschieht. Wir versagen vor den Forderungen der Bergpredigt nicht weniger als andere.

Und doch: Der christliche Name – immer von neuem brauchen wir darauf eine selbst prüfende Antwort. Die Gründer der CDU sahen sich 1945 vor einem Trümmerfeld sittlicher und materieller Werte. Sie riefen die christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte zur Sammlung, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat. Übereinstimmende Erfahrungen in der Vergangenheit setzten sich um in den politischen Willen, den Herausforderungen der Gegenwart gemeinsam zu begegnen. Freiheit und Menschlichkeit sollten sich nicht wieder in sinnloser konfessioneller Gegnerschaft verlieren. Übereinstimmende Erfahrungen, vor allem auch unter der Verfolgung im Dritten Reich, parallele Ansätze katholischer Soziallehre und evangelischer Sozialethik, die gemeinsame Verantwortung für die Aufgaben der Zeit, dies alles führte zu dem Willen, die Kräfte zur politischen Arbeit zu bündeln. Und in Wahrheit ergab auch die Gründung der CDU keine tiefer gehenden Missverständnisse, weder nach innen noch nach außen, und zwar auch nicht durch den Namen. Gelegentlich hieß es dann zwar: „Wir stehen doch erkennbarer Weise der Bergpredigt näher als ihr“, aber das waren Strohfeuer, hinüber und herüber. Hier durfte eben kein Glaubensanspruch angemeldet und nicht zum Kampf gegen Ungläubige geblasen werden, sondern Erfahrungen der Vergangenheit und gemeinsame Aufgaben der Gegenwart führten zur Union.

Ich finde es historisch nicht falsch und auch nicht unsympathisch, wenn gelegentlich jemand sagt: Das Wichtige in dem Namen ist das „U“! Keine Partei stellt mit ihrem Namen einen so hohen Anspruch wie die CDU. Nirgends wird damit die Lücke so sichtbar, die stets zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der Politik klafft. Kein Wunder, dass auch die Kritik am Namen der CDU anderer Art ist als bei der politischen Konkurrenz. Der Name ist immer wieder ein Är-

gernis. Der Versuch, sich in der Politik als Christ zu bekennen, ist ein Ärgernis, aber eben auch ein notwendiges!

Zwei Ebenen sind dabei zu unterscheiden. Zum einen diejenige der Taktik: Da gibt es den Vorwurf, ich habe ihn schon genannt, wir trieben Missbrauch mit dem „C“, um Wähler zu gewinnen und an uns zu binden. Solche Versuche hat es gegeben, aber die Schlachten darüber sind in Wirklichkeit geschlagen, klerikale Wahlhilfe wird heute kaum noch angeboten, und sie ist auch nicht erwünscht. Der Parteiname ist keine Monopolanmeldung gegen andere, er ist Anspruch an uns selbst, sonst nichts. Zahlreiche Christen gehören nicht zur CDU und viele CDU-Anhänger bekennen sich nicht zum Christentum. In der taktischen Ebene ist der Vorwurf des Namensmissbrauchs überholt. Der Name bietet keine höheren Wahlchancen, manchmal bietet er zusätzliche Angriffsflächen.

Zum anderen die inhaltliche Ebene: Es ist kein Zufall, sondern geschichtlicher Erfolg der demokratischen Idee, dass über die Grundwerte der Freiheit, der Solidarität und der Gerechtigkeit als Prinzipien kein Streit besteht. Sie sind nie Monopol einer demokratischen Partei gewesen. In Wahrheit sind sie älter als alle Parteien, die es heute bei uns gibt. Wir streiten uns nicht über Werte an sich. Alle demokratischen Parteien und Politiker sind für Freiheit und Gerechtigkeit, denn dies entspricht einer tiefen menschlichen Sehnsucht. Die gegenseitige Verdächtigkeit guter Absichten ist ebenso fruchtlos wie persönliche, ethische Vorwürfe.

Der notwendige Streit geht vielmehr darüber, wie die Grundwerte inhaltlich zu konkretisieren sind, wie sich ihr wandelndes Spannungsverhältnis zueinander lösen lässt und wie man sie in der praktischen Politik durchsetzen kann. Der Schwerpunkt der bisherigen Diskussionen zu

Wir streiten uns nicht über Werte an sich. (...) Der notwendige Streit geht vielmehr darüber, wie die Grundwerte inhaltlich zu konkretisieren sind, wie sich ihr wandelndes Spannungsverhältnis zueinander lösen lässt und wie man sie in der praktischen Politik durchsetzen kann.



Seit Dezember 2003 haben insgesamt 429 Leserinnen und Leser 20.291,63 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet.

Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:

Achtung! Neues Konto: Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00, Konto-Nr.: 266 098-300

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK:

Internet: www.eak-cducsu.de

den Grundsatzprogrammen lag und liegt stets hier und das ist auch gut und notwendig. Wir wollen ja nicht mit Hilfe einer ethischen Hochsprache Gegensätze wegzaubern oder ein politisch bedeutungsloses Harmoniegebilde und bezweifelbarer Wahrheiten entwerfen. Sondern wir wollen unsere Grundwerte mit dem Gewicht der praktischen Konflikte und Kontroversen belasten, indem wir eben diese Konflikte und Kontroversen ernst nehmen. Auch heute sind wir mittendrin.

Und nun war und ist nach meiner Überzeugung der wichtigste Maßstab für die Grundwerte nicht primär das Verständnis der Gesellschaft im Ganzen, sondern eben das des Menschen. Politisch gesprochen lag der entscheidende Beitrag des Christentums darin, dass es den Blick auf den einzelnen Menschen wendete. Der Mensch ist der unverwechselbare, der einmalige, persönlich von Gott Gerufene, das ist es, was ihn zur Person macht. Das ist es, was die Unantastbarkeit seiner Würde begründet. Sie gehört zu ihm vollkommen unabhängig vom Erfolg oder Misserfolg, und insbesondere auch unberührt vom Urteil durch andere.

Diese Erkenntnis ist unverändert aktuell für die Bestimmung von Werten und Zielen in der Politik. Doch nun geht es wieder weiter: Wie lässt sich nun das Verhältnis zwischen der Bergpredigt und dem Staat als vorläufiger Ordnung bestimmen? Das Evangelium bringt das Gebot der Liebe. Zur politischen Ordnung dagegen gehört das Gebot der Macht. Christus liebt den Sünder, die politische Ordnung aber bestraft denjenigen, der die Strafgesetze übertritt. Die Liebe erträgt alles. Anders die politische Ordnung: sie setzt das Recht durch. Christi Liebe gilt jedem, auch dem Ausgestoßenen. Sie durchbricht alle Schranken. Die politische Ordnung aber erzwingt Einordnung in die weltlichen Regeln des Zusammenlebens. Die Liebe des Evangeliums nimmt den anderen an, ohne Hintergedanken, ohne Zielsetzungen oder Erwartungen. Die Liebe verschenkt sich. Politische Ordnung dagegen sucht Gerechtigkeit: „Jeder soll das haben, was ihm zukommt“. Geschenkt wird nichts. Die Pflichten in der politischen Ordnung können wir, wenn es auch schwer ist, erfüllen. Hinter der Liebe dagegen bleiben wir immer zurück, sie ist Christus. Die Frage bleibt dennoch: Ist Liebe Maßstab politischer Ordnung? Darauf zu antworten ist immer wieder unsere Aufgabe, auch wenn wir sie nicht gut beantworten können.

Da kommt ein weiterer Punkt dazu: Wie steht es mit den Unterschieden zwischen einem katholischen und einem evangelischem Ver-

ständnis? Es würde ja niemandem nutzen, zu leugnen, dass es solche Unterschiede gibt. Der Katholizismus greift zum Beispiel gern auf eine schon von Natur aus gegebene und einsehbare Ordnung der Dinge zurück. Damit überwindet er oft leichter einen Gegensatz zwischen dem Liebesgebot und den Lebensbedingungen in der Welt. Dies kann dem Christen die Aufgabe erleichtern, seine Konflikte im Verhältnis zur politischen Ordnung zu lösen bzw. zu ertragen.

Der evangelische Christ wird naturrechtliches Denken weniger gelten lassen. Er möchte sich allein auf das Evangelium stützen. Deshalb neigt er dazu, zwischen Liebe Christi und weltlicher Ordnung eine schärfere Spannung zu sehen. Freilich verführt ihn dies auch manchmal zu radikalen Folgerungen in allen möglichen (und auch nicht immer glücklichen) Richtungen, sei es zur Weltflucht, zur Anpassung an die Welt oder zum schwärmerischen Versuch, das Reich Gottes von Menschenhand hier und heute zu schaffen.

Wie dem auch sei, mit konfessionellen Unterschieden haben wir zu rechnen. Meinem Empfinden nach, freilich, verlieren sie an Bedeutung. Mehr denn je leben wir in ein- und derselben Welt und unsere Verantwortung als Christen tragen wir gemeinsam. Wenn wir das Evangelium glaubwürdig bezeugen wollen, dann erfordert gerade der Schmerz über die nun schon ein halbes Jahrtausend währende Kirchentrennung, dass wir von einander lernen, und aufeinander zugehen.

Für Hermann Ehlers war wohl, wenn ich mich nicht täusche, das Verhältnis zu den Katholiken in der konkreten Politik nicht wirklich ein zentrales Problem. Zunächst wurde er ja auch dringend gebraucht und gesucht. Gerade auch von den Katholiken wurde er ja ganz nach vorn gestellt. Er war es, der die Glaubwürdigkeit des großen „U“ verkörperte. Seine Konflikte lagen des Weiteren eben auch im innerevangelischen Bereich. Jenseits der Alternative von „Sich-Raushalten“ oder von „Thron und Altar“ bzw. dem Schwärmertum, gab es ganz konkrete fundamentale Unterschiede, ja Gegensätze, gerade auch unter solchen Protestanten, die sich während der Nazizeit in der Bekennenden Kirche vereinigt wussten. Solche Gegensätze verbinden sich mit den Namen Heinemann, Niemöller, Barth, Iwand, bei dem ich selbst noch Vorlesungen in Göttingen gehört habe, und anderen. Niemöller habe ich zunächst durch meinen Vater kennen gelernt. Beide waren nämlich vor dem 1. Weltkrieg in der Marine, und dann schrieb Niemöller ein Buch mit

Der evangelische Christ wird naturrechtliches Denken weniger gelten lassen. Er möchte sich allein auf das Evangelium stützen.

dem Titel „Vom U-Boot zur Kanzel“. Dazu sagte mein Vater immer: „Mit dem U-Boot auf die Kanzel“!

Dem Stuttgarter Schuldbekenntnis der EKD entnahmen Freunde und Brüder von Hermann Ehlers zum Teil ganz unterschiedliche Konsequenzen für die ersten großen Streitfragen in der neuen Bundesrepublik. „Wie kann man sich so eng, so quasi bedingungslos an den Westen anschließen, dass der Osten Deutschlands (der überwiegend evangelische) ja die ganze Last der Sowjetherrschaft zu tragen hat und damit quasi abgehängt scheint?“, so fragten damals einige. Wie konnte man aber auch ernsthaft der Wiederbewaffnung näher treten? Schon wieder Waffen, kaum dass die Deutschen Waffen im 2. Weltkrieg sich und andere ad absurdum geführt hatten? Musste dies nicht die Teilung Deutschlands vertiefen! Sollte das akzeptiert werden?

Es war eine harte Probe für Hermann Ehlers. Ihm ging es um den Ausgleich, um die Bruderschaft auch mit solchen Feuerköpfen, eben wie Niemöller und anderen. Er nahm noch kurz vor seinem Tod am Leipziger Kirchentag 1954 teil. Es war ja die evangelische Kirche und nicht zuletzt der Kirchentag, in denen die Zusammengehörigkeit der beiden deutschen Teile und Staaten bewahrt blieben. Auch ich bin noch 1964 zum Präsidenten des Kirchentages gewählt worden, am selben Tag, sowohl in West wie in Ost Berlin. Und Leipzig 1954, das war der Höhepunkt im Gefühl der Deutschen, dass sie zusammen zu gehörten und dies auch bekennen wollten. Die Protestanten voran, aber nicht sie allein. Hunderttausende kamen zusammen. Klaus Bismarck hielt damals seine berühmt gewordene Ansprache, dass man die Kriegsstrafe durch Heimatverluste in Pommern – seiner eigenen Heimat – akzeptieren müsse, so schwer es sei. Und Hermann Ehlers war mittendrin an der Schlussversammlung 1954 in Leipzig, ganz gegen Adenauers Wunsch; nicht zuletzt auch deshalb, weil er sich dort umdrängt fand von DDR-Größen wie Otto Nuschke und anderen.

Ehlers ging bis an die Grenze des Möglichen. Es ging ihm um Ausgleich, aber seine Überzeugungen hat er trotz aller Bruderschaft niemals preisgegeben. Und so blieb ihm von allen Seiten die hohe Achtung bewahrt. Was sagt Carlo Schmidt beim Abschied von ihm? „Hermann Ehlers schlug eine scharfe und noble Klinge. Er konnte treffen ohne den Getroffenen in den Staub zu werfen“. Ihm gegenüber konnte man verlieren ohne sich erniedrigt zu fühlen. Nie mutete er anderen einen Wandel der Position zu, den jener andere nur unter Verzicht auf Selbstachtung hätte vollziehen können. Das war Hermann Ehlers.

Noch einmal zum Zentrum des Themas: „Christ und Politik“. Es ist die nüchterne Einsicht, dass der Mensch irrt und schuldig wird. Wir sind nur allzu oft der Katastrophe näher als der Lösung. Nach christlichem Verständnis fügen wir hinzu: aus eigener Kraft kann der Mensch die letzte und entscheidende Entfremdung nicht aufheben. Die Entfremdung von Gott und damit von sich selbst. Aber wir sind verantwortlich für unser Leben und für unsere Welt. Wir nehmen die Verhältnisse nicht als unveränderlich hin. Wir handeln in der Zuversicht, dass es sich lohnt, uns für die Zukunft einzusetzen. Die Nüchternheit gibt unserer Leidenschaft in der Politik das menschliche Maß. Der Glaube gibt uns die Hoffnung, die zum Menschen führt.

Über die Fähigkeit einer Gesellschaft sich im Zeichen der Gebote, unter denen sie steht, zu ändern, gibt schon das Alte Testament einige Auskunft. Den mahnenden und verzweifelten Propheten folgten die Apokalyptiker. In ihre Zeit trat Christus. Er verkündet kein christliches Programm. Er sagt nicht: „Das ist die Wahrheit“, er sagt vielmehr: „Ich bin die Wahrheit“. Er meint damit kein abstraktes Gesetz, sondern ein konkretes Verhalten, nämlich das der handelnden Liebe. Das Evangelium ist keine donnernde Bußpredigt. Christus macht keine ethische Befehlsausgabe und spricht kein moralisches Verdammungsurteil. Der Kern der Botschaft ist die Zusage an den Menschen. Wie Eberhard Jüngel sagt: „In Christus ist zugunsten des Menschen entschieden“. Das war die Orientierung im Leben von Hermann Ehlers. Dass wir uns heute danach richten, ist unser Teil. Jeder kennt seine eigenen, persönlichen Fragen, seine eigenen möglichen Beiträge, seine eigene Furcht und Ausweichen und dann auch sein eigenes Hin- und Her. In der globalisierten Welt die Not ernst zu nehmen, sie auszugleichen und damit das Wichtigste zur Abwehr von Terror zu leisten, eine Kultur der Toleranz zu fördern – gerade als Christ – die Chance seit 300 Jahren zum ersten Mal gute Nachbarschaft mit Polen herzustellen – dies sind nur einige solcher Beispiele. Ein anderes wäre etwa, genauso entschieden dazu beizutragen, dass der Predigt immer wieder öffentliches Gewicht verschafft wird.

Jeder prüfe sich selbst, jeder finde seine Aufgabe, sich zu bekennen, sich zu engagieren und Verantwortung zu tragen nach dem Beispiel von Hermann Ehlers, der dabei voller Großherzigkeit war, voller Weitsicht, voller Treue zu seinen Überzeugungen und zugleich freundlich.

Bandnachschrift einer zum Teil frei gehaltenen Rede vom 2. Oktober 2004 anlässlich des Hermann-Ehlers-Symposiums in Oldenburg

Wir handeln in der Zuversicht, dass es sich lohnt, uns für die Zukunft einzusetzen. Die Nüchternheit gibt unserer Leidenschaft in der Politik das menschliche Maß. Der Glaube gibt uns die Hoffnung, die zum Menschen führt.



Krise als Chance – aus politischer Sicht: Arbeits- losigkeit, Lohn- nebenkosten, Sozialversiche- rungssysteme

Gustav Isernhagen

In „Lehmans Erzählungen oder So schön war mein Markt“ sagt Siegfried Lenz: „In Zeiten des Überflusses stirbt die Phantasie, nichts wird uns abverlangt an Überlegung, an Abenteuer, an Ungewissheit ..., die große Zeit ist vorbei, die Zeit der wundervollen Not.“ Und an anderer Stelle: „Der Schwarze Markt, mein Lieblingsmarkt, sorgte für den kürzesten Weg zu einander. ... Mit Kummer verfolge ich die neueren Versuche, jedes Risiko aus der Welt zu verbannen. ... Ich brauche einen anderen Markt zu meinem Glück ... eingedenk des Dichterwortes: ‚Sein Schicksal schafft sich selbst der Mann (die Frau!).‘“

Was brauchen wir zu unserem Glück und welches Schicksal schaffen wir uns? Empfinden wir die derzeitige Krise zuerst als Bedrohung oder als Chance? Was wird Siegfried Lenz über den heutigen „Schwarzen Markt“ schreiben, wird er ihn auch so freundlich als seine bevorzugte Wirtschaftssituation ausmalen? Unter dem Titel „Die Gänse von Rodaki“ las ich kürzlich in der Zeitung, wie zwei Frauen in Polen nach der Schließung des einzigen Betriebes in der Region die katastrophale Situation für ihr Dorf mit Ideen, Tatkraft und Führungsqualitäten dadurch meistern, dass sie jede Familie mit Gänseküken ausstatten, so dass zum Winter alle zu essen haben und von den verkauften Federn so viel Geld in die Häuser kommt, dass es fürs Nötigste reicht. – Und was tun wir?

Gilt für uns, für die politische Lage in der Bundesrepublik Deutschland, das Wort von Georg Picht: „Probleme werden von der öffentlichen Meinung erst dann zur Kenntnis genommen, wenn es für ihre Lösung zu spät ist“? In der Bibellese dieser

Tage aus Jeremia 25.3 ff. heißt es: „Ich habe zu euch nun 23 Jahre lang immer wieder gepredigt und ihr habt nie hören wollen“. Für die Israeliten war die Folge des „nicht hören Wollens“ 70 Jahre babylonische Gefangenschaft.

Welche Fragen stellen wir und welche Antworten finden wir? Sind wir alle so träge, wie Siegfried Lenz unterstellt, dass es einer ernsten Krise bedarf, um uns wachzurütteln? Müssen wir erst arm werden wie die Gänsehirtin in Rodaki, damit wir uns etwas einfallen lassen, damit wir aktiv werden oder auch nur notwendige Reformen akzeptieren, auch dann, wenn sie uns etwas abverlangen? Ist die wirtschaftliche und politische Krise (noch) eine Chance oder ist es – nach Picht und Jeremia – für die Lösung der Probleme bereits zu spät? Immerhin ist es auch bei uns 23 Jahre her, dass Leute wie Kurt Biedenkopf, Ernst Albrecht und andere die Reformen angeordnet haben, mit deren Umsetzung wir uns so schwer tun, obwohl die Lösungsvorschläge m. E. heute bereits zu kurz greifen.

Einen Problembereich wollen wir uns beispielhaft ansehen, weil er als besonders dringlich ansteht: Arbeitslosigkeit – Lohnnebenkosten – Finanzierung der Sozialversicherungssysteme.

Seit 1980 etwa kennen wir die demographische Entwicklung bis 2030 und werden auf ihre Folgen aufmerksam gemacht: 1920 betrug die so genannte Altenlastquote (Verhältnis der arbeitenden Menschen zu den Rentenbeziehern) 6:1 bei einer durchschnittlichen Rentenbezugszeit von zwei Jahren. Heute beträgt sie 3:1 und absehbar ist 2:1 bei 20 Jahren Rentenbezug. Während früher also ein in die Rentenkasse Einzahlender für vier Monate Rentenbezug Beiträge abzuführen hatte, werden es 2030 dann 120 Monate sein. Die „Last“ je Beitragszahler wird also 2030 gegenüber 1920 in der Rentenversicherung um das 30-fache gestiegen sein.

Der durchschnittliche Beitrag zur Krankenversicherung betrug vor 40 Jahren etwa 7% – heute 14%, nominal sind die Krankenkassenbeiträge um das 30fache gestiegen. Die Gründe sind vielfältig: Inflation, medizinischer Fortschritt und demographischer Wandel – wie das etwas verharmlosend genannt wird.

„Ist die wirtschaftliche und politische Krise (noch) eine Chance oder ist es für die Lösung der Probleme bereits zu spät?“

Die Kurve in der Arbeitslosenversicherung verläuft bei gleichbleibender Leistung und Arbeitslosenquote ähnlich dramatisch. Eine wesentliche Besserung ist nicht absehbar. Mit Hartz IV wird, wenn es gut läuft, der zweite Arbeitsmarkt ausgebaut, keine Arbeitsplätze, sondern „Beschäftigung“ geschaffen, die Lasten verlagert, und zwar tendenziell zu den Ländern und Kommunen. Auf den ersten Arbeitsmarkt wird das so gut wie keine Auswirkungen haben – wie Hartz I bis III! Die Beschäftigungskrise hat ihre Ursache heute vor allem darin, dass der durchschnittliche Arbeitnehmer in der Stunde 8–12 Euro brutto verdient, davon etwa 5–8 Euro ausgezahlt bekommt, d.h. er hat monatlich etwa 800–1.300 Euro zur Verfügung. Wenn er/sie verheiratet ist und der Partner mit einem Halbtagsjob hinzuverdient, kommen beide vielleicht auf 2.000 Euro. Nach dem Abzug von Miete oder Eigenheimfinanzierung, Strom, Heizung und Lebenshaltung mag in diesem Idealfall etwas übrigbleiben. Aber um davon die Handwerkerstunde mit 40 Euro einzukaufen und damit mit dem fünf- bis achtfachen des eigenen Nettostundenlohns – so viel volkswirtschaftlichen Altruismus und betriebswirtschaftliche Unvernunft wird man kaum jemandem unterstellen dürfen.

Da der Dienstleistungsbereich heute der potenzielle Arbeitsplatzanbieter ist – der Produktions- oder industrielle Bereich hat sich in unserem Land aus den bekannten Gründen längst als Arbeitsplatzanbieter verabschiedet – muss die Brutto- Netto-Schere von jetzt 1:6 bis 1:8 auf etwa 1:3 angenähert werden, wenn die Masse der Nachfrager wieder auf dem ersten Arbeitsmarkt aktiv werden soll. Auch, wenn das illusorisch erscheint, eine andere Lösung zum Abbau der Arbeitslosigkeit ist nicht in Sicht: Der erste Schritt, um diese Schere zu schließen, muss darin bestehen, die Lohnnebenkosten von mehr als 40% auf die Hälfte abzusenken. Die andere Hälfte der Sozialversicherungsbeiträge muss über Steuern finanziert werden und sich damit an der Wertschöpfung orientieren, damit es deutlich gerechter wird als heute.

Das haben im Übrigen auch Bert Rürup und Roman Herzog mit ihren Kommissionen grundsätzlich so gesehen; sie lassen m. E. allerdings eine konsequente Umsetzung vermissen.

Wenn nämlich wesentliche Arbeitsmarkteffekte erreicht werden sollen, reicht nicht

Mit Hartz IV wird, wenn es gut läuft, der zweite Arbeitsmarkt ausgebaut, keine Arbeitsplätze, sondern „Beschäftigung“ geschaffen, die Lasten verlagert, und zwar tendenziell zu den Ländern und Kommunen. Auf den ersten Arbeitsmarkt wird das so gut wie keine Auswirkungen haben – wie Hartz I bis III!



Pressemitteilung vom 20. 10. 04

Feierstunde im Deutschen Bundestag für den Gründer des EAK, Dr. Hermann Ehlers

Anlässlich der heutigen Feierstunde des Deutschen Bundestages zum 100. Geburtstag des zweiten Bundestagspräsidenten sowie Gründers des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Dr. Hermann Ehlers, erklärt der Bundesvorsitzende des EAK, Thomas Rachel MdB:

„Es ist wichtig, das Gedenken an Hermann Ehlers lebendig zu halten. Der Festakt im Deutschen Bundestag ist daher von großer Bedeutung. Gerade gegenwärtig, da ein allgemeiner Werteverfall beklagt wird, ist es wichtiger denn je, vor allem auch in der Politik der überzeugenden Verbindung zwischen Glaube und Politik wieder zu neuer Bedeutsamkeit zu verhelfen. Hierfür kann uns Hermann Ehlers, der seine protestantische Überzeugung gelebt hat und der sich in seinem Handeln stets daran messen ließ, heute noch ein Beispiel und Vorbild sein. Diesem hohen Anspruch fühlt sich der EAK auch für seine zukünftige Arbeit verpflichtet.“

die Festschreibung der Lohnzusatzkosten oder allenfalls eine leichte Absenkung, sondern dann muss der Mut zu spürbaren Lastenverschiebungen aufgebracht werden. Und dabei kann und muss man den bisherigen Grundlinien der Sozialpolitik durchaus treu bleiben: Subsidiarität, Solidarität und Wettbewerb. Hier ein Denkmodell zur weiteren Diskussion:

Das vorgeschlagene Prämienmodell für die Finanzierung der Krankenkassenbeiträge hat bei allen Vorteilen die Schwäche, dass es schwerlich als sozial ausgewogen vermittelt werden kann, es schafft einen neuen „Subventionstatbestand“ mit der unvermeidbaren Bürokratie. Und in der vorgesehenen Ausgestaltung birgt es auch noch die Gefahr, dass die Auszahlung von 5,4% „Arbeitgeberanteil“ an den Arbeitnehmer im Ergebnis zur Überwälzung dieses Beitragsanteils auf den Arbeitnehmer führt, da die Berücksichtigung bei der Lohnfestsetzung als „vorkalkulierter Rabatt“ bei der derzeitigen Arbeitsmarkt- und Lohnsituation zumindest befürchtet werden muss.

Ich bevorzuge ein Finanzierungsmodell, das die Lohnabhängigkeit der Beiträge auf niedrigem Niveau wahrt, damit die Solidarleistung für eine Grundsicherung fest schreibt, aber durch einen hohen Anteil an Steuerfinanzierung die soziale Balance verbessert und die Brutto-Lohnkosten des Arbeitgebers senkt, dadurch die Nachfrage mobilisiert, Arbeit schafft und damit den Sozialversicherungen Einnahmen bringt und Ausgaben erspart.

Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) sollte mit einem Basisbeitragssatz von weniger als 10% auskommen, der zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch aufgebracht wird und zur anderen Hälfte aus Einkommensteueranteilen und/oder aus der anstehenden Mehrwertsteuerreform finanziert wird. Die Mittel wären den Krankenversicherungen nach ihrem Beitragsaufkommen unter Berücksichtigung des Risikostrukturausgleichs direkt zuzuweisen. Die nicht über die GKV abgedeckten Gesundheitsrisiken sind von den Versicherten auf eigene Kosten in Aufbaustufen zu versichern. Damit wäre sowohl die Eigenverantwortung als auch die soziale Balance gestärkt, vor allem der Faktor Arbeit entlastet und dem freien Markt der Versicherer und damit dem Wettbewerb ein breites Feld eröffnet.

Dabei bleibt ein Stück weit die „Spitzenmedizin für alle“ auf der Strecke; sie scheint mir aber als Solidarleistung auf Länge auch nicht finanzierbar.

Zur Einbeziehung der bisher nicht in der GKV versicherten Gruppen favorisiere ich ein Stichtagsmodell, auch um die politische Mehrheitsfähigkeit zu verbreitern. Heutige Besitzstände könnten so gewahrt, der Vertrauensschutz gewährt, hohe Belastungen für die öffentlichen Haushalte vermieden und die Rechtssicherheit gewährleistet werden. Alle Nachwachsenden wären in ein allgemeines Versicherungssystem einzubeziehen, um damit dessen Beitragsbasis um starke Gruppen zu verbreitern und die soziale Symmetrie langfristig zu verbessern.

Die für die künftige Finanzierung der Rentenversicherung (RV) angegebenen Ziele: langfristige Perspektive, Verlässlichkeit und Planungssicherheit müssen wohl realistischere aufgrund der demographischen Entwicklung um Beschränkung auf eine Basisversorgung erweitert werden. Bei deren Finanzierung sollte – wie bei der GKV und der Pflegeversicherung (PfIV) – der Arbeitmarkteffekt deutlich stärker berücksichtigt werden als geplant. Um das Ziel, nicht wesentlich mehr als 20% der Arbeitslöhne für die soziale Sicherung einzusetzen, zu erreichen, muss die RV wie die Basis-GKV zu etwa je 50% aus paritätisch aufzubringenden Beiträgen und aus Steuermitteln erfolgen. Für den subsidiarisch zu erbringenden Alterssicherungsanteil bleibt oberhalb der Basisversicherung ausreichend Raum!

Den Empfehlungen der Herzog-Kommission, den Versicherungscharakter der Arbeitslosenversicherung wieder stärker hervortreten zu lassen sowie Anreize, mögliche Beschäftigung abzulehnen, auszuschließen und den Beitrag durch Entlastung von Aufgaben auf 5% zu senken, vor allem aber die Beitragsbezogenheit der Leistungen deutlicher werden zu lassen, sollte ausnahmslos gefolgt werden. Wie bei der GKV, der RV und der PfIV muss aber zu einem paritätisch aufzubringenden Versicherungsbeitrag ein steuerfinanzierter Anteil kommen, wenn das übergeordnete Ziel, den Lohnfaktor zu entlasten, insgesamt erreicht werden und dabei Eigenverantwortung und solidarische Gesamtträgerschaft erhalten bleiben sollen.

Man muss den bisherigen Grundlinien der Sozialpolitik treu bleiben: Subsidiarität, Solidarität und Wettbewerb.

Wer das hört, muss fragen, woher die Steuermittel kommen sollen. Dieser Finanzierungsvorschlag sichert einerseits, beschränkt aber auch den „Solidarteil“ der sozialen Absicherung stärker als andere Modelle. Damit kommt er auch mit weniger Mitteln aus, allerdings muss der Steueranteil höher sein, wenn der lohnggebundene Teil geringer ausfällt. Es ergibt sich daraus also kein Problem der Geldmenge, sondern „lediglich“ eines seiner Aufbringung und der dafür erforderlichen politischen Mehrheiten. Die Chancen dafür aber können kaum schlechter sein, als für die auf dem Tisch liegenden Vorschläge! In der Tat scheint die politische Lebenslüge unserer Zeit zu sein, dass man gleichzeitig beides

haben will, die Senkung der Lohnnebenkosten und Steuersenkungen. Wer das Erste will und dadurch eine Steigerung der Nachfrage und neue Arbeitsplätze, kann nicht zu gleicher Zeit eine weitere Senkung der Steuerlastquote fordern. Wer beides will, muss ehrlicherweise sagen, dass er das soziale Netz nicht nur grobmaschiger machen, sondern es kappen will. Und zur Ehrlichkeit gehört auch, einzugestehen, dass die deutsche Wirtschaft bei der Steuerlastquote im europäischen Vergleich heute durchaus nicht schlecht abschneidet. Zur Gesamtbetrachtung zählt ebenso die nach wie vor sehr positive Außenhandelsbilanz der Bundesrepublik und die Tatsache, dass gleichzeitig in der Binnennach-

In der Tat scheint die politische Lebenslüge unserer Zeit zu sein, dass man gleichzeitig beides haben will, die Senkung der Lohnnebenkosten und Steuersenkungen.



Pressemitteilung vom 20. 10. 04

Thomas Rachel und Laurenz Meyer präsentieren neues Erscheinungsbild des EAK

Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB, und der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Laurenz Meyer MdB, haben heute im Rahmen eines Empfangs im Konrad-Adenauer-Haus das neue Erscheinungsbild des EAK präsentiert.

Das neue EAK-Logo und eine Bildmarke sind die Basiselemente des überarbeiteten EAK-Erscheinungsbildes, das sich an der CDU-Werbelinie orientiert, die die Partei zu Beginn dieses Jahres vorgestellt hat. Auch der EAK-Internetauftritt präsentiert sich in neuem Aussehen. Logos, Bildmarke, Schrift und Farbgestaltung sind der neuen Linie angepasst. Hinzu kommen zahlreiche neue anwenderfreundliche Funktionen, wie ein Suchsystem, eine Download-Möglichkeit und ein vielseitig verwendbares Kontaktformular, die dem Nutzer einen verbesserten Service bieten.

Der Bundesvorsitzende des EAK, Thomas Rachel MdB, zur neuen Werbelinie des EAK: „Dass der EAK mit seiner Arbeit am Puls der Zeit ist, zeigt er nicht nur, indem er sich in aktuelle politische und gesellschaftliche Debatten einmischt und Stellung bezieht, sondern nunmehr auch durch sein frisches neues Erscheinungsbild. Ich hoffe, dass wir durch unseren neuen Internetauftritt einen noch besseren Service bieten und viele Protestanten für die christdemokratische Arbeit interessieren und gewinnen können.“

Der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Laurenz Meyer MdB: „Ich freue mich, dass die neue Werbelinie der CDU von unseren Vereinigungen – und insbesondere vom EAK – so gut aufgenommen wird. Ich wünsche dem EAK auch im neuen Gewande für seine wichtige inhaltliche Arbeit weiterhin alles Gute.“

Zu erreichen ist der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU unter www.eak-cducsu.de.

frage ein zunehmend hoher Leistungsanteil nicht mehr legal nachgefragt wird, sondern in Schwarzarbeit, durch Lohndumping oder anders erbracht wird.

Alle Daten sprechen also für ein rigoroses Umsteuern zu bezahlbarer Arbeit. Muss es daran scheitern, dass die traditionellen Koalitionäre der CDU dafür offenbar nicht zur Verfügung stehen, vor allem die F.D.P. nicht?

Wo liegt in dem allen die Chance? In einem Beitrag „Hurra, das Geld wird knapp“ in der Hermannsburger Missionszeitschrift „Mit-teilen“ sagt Klaus Hampe im Blick auf die sinkenden Kirchensteuereinnahmen: „Das ist unsere Chance, Wichtiges von Überholtem zu trennen und neue Wege zu gehen. Bitte begleiten Sie uns dabei.“

Wie geht das aber in der Politik? Die erbetene „Begleitung“, die zur Mehrheit erforder-



Evangelischer Arbeitskreis der CDU / CSU

Pressemitteilung vom 29. 10. 04

Alle Daten sprechen also für ein rigoroses Umsteuern zu bezahlbarer Arbeit.

Rachel: Das Kindeswohl muss Vorrang haben. Kritik am geplanten Adoptionsrecht für homosexuelle Paare

Mit dem von SPD und Grünen vorgelegten Gesetz zur Überarbeitung des Lebenspartnerschaftsrechts soll die Stiefkindadoption durch gleichgeschlechtliche Lebenspartner eines Elternteils zugelassen werden. Dieses politische Vorhaben von Rot-Grün überschreitet eine Grenze, die durch den in unserer Verfassung verankerten besonderen Schutz von Ehe und Familie gesetzt wird, und ist deshalb abzulehnen.

Die Ankündigung des Gesetzesvorhabens durch Bundesjustizministerin Zypries auf dem Christopher-Street-Day hat schon gezeigt, dass es SPD und Grünen in Wirklichkeit um Klientelpolitik geht. Nach der ausdrücklichen Ankündigung der Bundesjustizministerin soll das vorgelegte Gesetz nur der erste Schritt auf dem Weg zu einem uneingeschränkten Adoptionsrecht homosexueller Lebenspartner sein.

Bei einem Adoptionsrecht geht es nicht darum, die Rechte und Pflichten von Lebenspartnern untereinander zu regeln, sondern darum, Dritte – nämlich die Kinder – einzubeziehen. SPD und Grüne verschweigen, dass den Kindern gleichzeitig ein zentrales Recht genommen wird: Das Recht auf eine gesetzlich geschützte Beziehung zu seinen Eltern. Jedes Kind hat aber Anspruch auf Vater und Mutter. Es ist nicht akzeptabel, dass dem minderjährigen Kind dieses Recht bei einer Adoption durch den gleichgeschlechtlichen Lebenspartner genommen wird, ohne dass es selbst darüber entscheiden kann. Orientierungspunkt muss aber gerade das Kindeswohl sein.

Diese Adoption aus der Interessenperspektive der Erwachsenen heraus bedeutet einen Rückschritt in die 70iger Jahre und macht die gesellschaftspolitischen Fortschritte rückgängig, mit denen eben gerade das Wohl der Kinder in den Mittelpunkt genommen worden ist.

Mit dem von Rot-Grün geplanten Adoptionsrecht wird die leibliche Beziehung des Kindes zu dem anderen Elternteil, das nicht Teil der homosexuellen Partnerschaft ist, gekappt. Dies ist auch verfassungsrechtlich nicht akzeptabel.

Im Übrigen bleibt es richtig, dass auch die Erfahrung des Zusammenlebens mit unterschiedlichen Geschlechtern, Vater und Mutter, essentiell ist für die eigene Persönlichkeitsentwicklung eines Kindes. Dies sollte dem Kind nicht vorenthalten werden.

derliche Koalition, ist – wie die unsäglichen Diskussionen der letzten Monate zeigen – im politischen Bereich sehr schwer zu erreichen.

Aber wenn wir Chancen in der Krise wahrnehmen wollen, müssen wir diesen beschwerlichen Weg miteinander gehen: schonungslose Analyse, große gesellschaftliche und politische Sachkoalitionen, Bereitschaft der Betroffenen zu aktiver Mitgestaltung, Mut zu unpopulären Maßnahmen, Verabschiedung vom Sankt-Florians-Prinzip und intensiver Dialog mit allen Gruppen.

Dann – ich meine: nur dann – kann es gelingen, wieder deutlich mehr Menschen einen Arbeitsplatz und damit Lebenssinn und Erfüllung zu verschaffen.

Klaus Hampes Schlusssatz geht noch etwas über das bisherige Zitat hinaus: „...bitte begleiten Sie uns dabei... und vor allem beten Sie für uns, dass wir uns tatsächlich nicht von Furcht und Unsicherheit leiten lassen, sondern von Vertrauen in den Herrn. Denn das wird uns allen erst den Blick für die Chance ermöglichen.“

Also, „Krise als Chance – in politischer Sicht“ kann ich nicht losgelöst sehen von ganz persönlichen Verengungen, von Angst vor Einschränkungen und von Unsicherheit und Passivität, auch von Klientelpolitik, ebenso aber – positiv – auch nicht losgelöst von Mut und persönlicher Freiheit, von Vertrauen und Zutrauen, von der Bereitschaft abzugeben, sich aktiv auf den „Markt“ und damit auf den schweren Akker der Mitgestaltung im politischen Geschäft einzulassen.

Auch Hampe meint nicht, als Folge des Gebetes würden einem die Chancen auf dem Tablett serviert, sondern wir müssen dazu auf die Straße, müssen sie ergreifen und gestalten. Aber ein Stück Freiheit und Kraft dazu, das ist uns Christen als Geschenk angeboten.

Damit uns und unseren Kindern „70 Jahre babylonische Gefangenschaft“ erspart bleiben, sollten wir die Krise als Chance nehmen und den steinigen aber zielführenden Weg gemeinsam gehen.

Gustav Isernhagen ist stellvertretender Vorsitzender des EAK-Bundesvorstandes

Aber wenn wir Chancen in der Krise wahrnehmen wollen, müssen wir diesen beschwerlichen Weg miteinander gehen.



Evangelischer Arbeitskreis der CDU / CSU

Pressemitteilung vom 04. 11. 04

Gegen die absurden Feiertagspläne von Schröder und Eichel

Zu dem Vorhaben der Bundesregierung, künftig des Tages der Deutschen Einheit stets an einem Sonntag zu gedenken, erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB:

„Die Absicht von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Bundesfinanzminister Hans Eichel, den Tag der Deutschen Einheit künftig stets auf einen Sonntag zu legen, ist ein Verrat an dem wichtigsten Erinnerungsdatum der Deutschen Einheit selbst. Schröder und Eichel bekennen mit solchen Plänen einmal mehr ihre Geringschätzung sowohl des Sonntages als des Tages der Ruhe und des Gottesdienstes als auch der Pflege und Förderung unserer nationalen Identität und Einheit. Mit beidem kann diese Regierung, wie sie ja nun schon des Öfteren gezeigt hat, recht wenig anfangen. Allein der Gedanke, einen sehr bedeutsamen Feiertag dauerhaft auf einen bereits bestehenden anderen zu setzen, ist in sich schon absurd.“

Wenn diese Regierung glaubt, sie könne ihre eigene katastrophale Haushaltspolitik durch die Abschaffung von weiteren Feiertagen begleichen, ist sie einmal mehr auf dem Holzweg.“

Evangelisches Leserforum

Friedbert Pflüger
Ein neuer Weltkrieg?
Die islamistische Herausforderung
des Westens

München 2004
Deutsche Verlags-Anstalt, 303 Seiten
ISBN 3-421-05323-5, 19,90 Euro

Der Sinn eines Buchtitels besteht gemeinhin darin, die Neugier des Lesers zu wecken und ihn programmatisch auf den Inhalt des Buches einzustimmen. „Ein neuer Weltkrieg? Die islamistische Herausforderung des Westens“, so lautet der Titel des aktuellen Buches des außenpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion, Friedbert Pflüger. Das Fragezeichen in dem Titel verrät, dass der Autor seiner These, von islamistischen Terrorgruppen gehe eine weltweite Bedrohung aus, selbst nur zögerlich zustimmt. Am 11. März 2004 erfolgte die Drucklegung des Buches. Es war der Tag des Attentates von Madrid, bei dem weit über hundert Menschen getötet wurden.



Auf einer Veranstaltung des EAK Berlin-Brandenburg im Literaturhaus in der Berliner Fasanenstraße, bei der Pflüger sein Buch kürzlich vorstellte, erläuterte er, dass er sich bewusst für den Begriff „Weltkrieg“ entschieden habe, denn schließlich seien bei dem Angriff auf die Twin Towers am 11. September 2001 mehr Menschen umgekommen als bei dem japanischen Angriff auf Pearl Harbour im Dezember 1941. Pearl Harbour war für die USA der Anlass, Japan den Krieg zu erklären. Damit traten sie in den Zweiten Weltkrieg ein.

Terroranschläge in Moskau, Indien, Kaschmir, Indonesien, in Saudi-Arabien, Ägypten, Algerien, im Sudan und anderen Orten, in denen gewalttätige islamistische Zellen tätig seien, ließen den Schluß zu, dass es sich um „einen weltweiten Angriff islamistischer Terrorgruppen gegen die abendländische Zivilisation“ (S. 8) handele. Obwohl Pflüger sein Buch Samuel Huntington (neben Karl Dietrich Bracher) gewidmet hat, vertritt er die Auffassung, dass es hier um „keinen Kampf der Kulturen, keine Auseinandersetzung zwischen Islam und Christen“ gehe, sondern um „eine Attacke eines totalitären und militanten Islamismus gegen den Westen“.

Nach der Skizzierung dieses weltweiten Bedrohungsszenarios widmet sich der Autor der Ursachenforschung und liefert eine Bestandsaufnahme unserer abendländischen Kultur: Indem er über Fast-Food, Talkshows mit fragwürdigen Titeln und Inhalten und die Geringschätzung von Benimm- und Kleiderregeln spricht, die allgemein zu beobachten ist, – um hier nur ein paar Beispiele zu nennen –, entwirft Pflüger ein Bild von unserer Gesellschaft, das auf den Leser in seiner deutlichen Sprache abschreckend wirken mag. Doch der Autor wird nicht polemisch, er liefert lediglich eine Aufzählung von Alltagsigkeiten, um uns den desolaten Ist-Zustand unserer abendländischen Kultur vor Augen zu führen. Vor diesem Hintergrund sei es nicht verwunderlich, dass in der arabischen Welt Deutschland als das Land der Dichter und Denker nicht mehr wahrgenommen werde.

Mit ebenso deutlichen Worten grenzt der Autor den Islam von dem Islamismus ab. Während er die Toleranz des Islams am Beispiel des Kalifats von Córdoba veranschaulicht, reiht er den Islamismus in die totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts – Kommunismus, Faschismus/Nationalsozialismus – ein. Wie dort, gebe es auch hier ein klares Feindbild: „Diesmal ist es nicht die Klasse der Fabrikbesitzer, sind es nicht die Juden, die für alle Probleme und Schwierigkeiten des alltäglichen Lebens verantwortlich gemacht werden; diesmal sind es die Ungläubigen, der Westen, die USA, Israel“ (S. 75).

Wie soll man nun dieser Bedrohung entgegen treten? Im Gegensatz zu den Amerikanern seien die Deutschen stets von Selbstzweifeln gequält, was sich auch in ihrer Wehrhaftigkeit gegenüber Gefahren bemerkbar mache. Pflüger appelliert für mehr Toleranz gegenüber Muslimen, die bereit seien, sich in unsere Gesellschaft zu integrieren, und rät zu mehr Härte gegenüber Terroristen, die unser Gemeinwesen zerstören wollen.

Friedbert Pflüger beendete seinen Vortrag im Literaturhaus mit einem Plädoyer für einen selbstbewussten, geradlinigen Westen, der notwendig sei, um von den Moslems akzeptiert zu werden.

Insgesamt handelt es sich um ein sehr lesenswertes Buch, dessen Autor sich nicht scheut, auch unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Im Übrigen hat Friedbert Pflüger angekündigt, dass die demnächst erscheinende Taschenbuchausgabe ohne Fragezeichen im Titel erscheinen soll.

Melanie Liebscher

Aus unserer Arbeit

EAK-Kreisverband Esslingen wählt neuen Vorstand – Peter Schuster neuer Vorsitzender

Bei den Vorstandswahlen des EAK-Kreisverbandes Esslingen wurde der Diplom – Theologe **Peter Schuster** zum neuen Vorsitzenden gewählt. Peter Schuster beschrieb als Aufgabe des Evangelischen Arbeitskreises, die Frage nach dem „C“ immer wieder neu zu stellen. „Gerade weil Politik und die Menschen, die sie machen, immer den Charakter des Vorläufigen und Unvollkommenen an sich tragen, ist die Orientierung an den christlichen Wertegrundlagen wichtig“, so Schuster. Der EAK werde zu aktuellen Themen Stellung beziehen und dabei im Einzelfall auch den Mut haben, „nicht Quertreiber, aber Querdenker innerhalb der Union zu sein“, sagte der neue Vorsitzende.

Stellvertretende Vorsitzende wurden **Apostolos Milionis** und **Stefan Sprenger**. Zum Kassierer wurde **Gerd Prinz** gewählt. Mit **Hartwig Engelking** verstärkt ein neuer Pressereferent und Schriftführer den Vorstand. Als Beisitzer komplettieren **Simone Jaumann-Wang**, **Hans-Jürgen Mosel**, **Thilo Rose** und **Willy Stoll** den Vorstand des Evangelischen Arbeitskreises. **Thaddäus Kunzmann**, der CDU-Kreisvorsitzende, begrüßte die Arbeit des Evangelischen Arbeitskreises. Für ihn decke der EAK innerhalb der Union ein inhaltliches Spektrum ab, das sonst von keiner anderen Gruppierung der CDU repräsentiert wird. Kunzmann sagte dem EAK Unterstützung bei seinen Aktivitäten zu. Der Landtagsabgeordnete **Karl Zimmermann** wünschte dem neuen Vorstand alles Gute. Der Evangelische Arbeitskreis garantiere, dass in der CDU wertkonservativ denkende Christen eine Plattform für ihre Meinungen hätten.



v. l.: Jürge n Gerlach, Dr. Silke Bremer, Wolfgang Löw, Thomas Rachel MdB, Karsten Knolle, Jürgen Scharf MdL, Michael Schekatz, Prof. Dr. Wolfgang Merbach, Karl-Martin Kunze

EAK-Landesverband Sachsen-Anhalt wählt neuen Landesvorstand Scharf: Christliches Bekenntnis im Alltag ist wichtig

Jürgen Scharf heißt der alte und neue Landesvorsitzende des EAK der CDU Sachsen-Anhalt. Scharf, zugleich CDU-Fraktionsvorsitzender im Landtag von Sachsen-Anhalt, wurde auf der Mitgliederversammlung des EAK auf Schloss Wendgräben einstimmig für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt. Als seine Stellvertreter wurden **Prof. Dr. Wolfgang Merbach** (Meuschau) und **Michael Schekatz** (Haldensleben) wieder gewählt. Schriftführer des EAK Sachsen-Anhalt bleibt **Pfr. Georg Nuglisch** (Magdeburg). An der EAK-Landestagung nahmen auch der Bundesvorsitzende **Thomas Rachel MdB** und der Bundesgeschäftsführer **Christian Meißner** teil.

In den Mittelpunkt seiner Arbeit habe der EAK-Landesverband das Staat-Kirchen-Verhältnis gestellt, zog Scharf ein Resümee der zweijährigen Amtsperiode 2003/2004. Er erinnerte an die Auseinandersetzungen um den Gottesbezug in der EU-Verfassung, den Erhalt des Dreikönigtages als gesetzlichen Feiertag und Mittelkürzungen für Kirchengemeinden

gen durch die rot-grüne Bundesregierung. Hier habe der EAK „mit unterschiedlichem Erfolg“ kritisch Stellung bezogen. „In einer weit hin entkirchlichten Gesellschaft wertet es der EAK als wichtigen Erfolg, dass sich viele Volksvertreter im Landtag hinter die christlichen Feiertage stellen“, so Scharf. Größere Anstrengungen erwartet der wieder gewählte Landesvorsitzende jedoch bei der flächendeckenden Einführung des Religionsunterrichts an den Schulen: „Christliche Werte und Traditionen können über die Vermittlung im Unterricht am besten in der Lebenswirklichkeit der Menschen verankert werden. Beim Thema Religionsunterricht hat die Landespolitik nach wie vor eine Bringschuld.“



Besuchen Sie den Informationsstand des EAK auf dem 18. Parteitag der CDU vom 6.–7. Dezember 2004 in Düsseldorf!

Jetzt schon vormerken: 42. Bundestagung des EAK vom 10.–11. Juni 2005 in Heidelberg



„Ich kenne deine Werke, dass du weder kalt noch warm bist. Ach, dass du kalt oder warm wärest.“ (Offb. 3,15)

Es ist schon immer das Privileg einer kleinen Minderheit gewesen, Wahrheiten an- und auszusprechen, die nicht unbedingt die Mehrheitsmeinung widerspiegeln und die nicht einfach nur mit den herrschenden Machtverhältnissen liebäugeln. In Gesellschaft, Beruf, Politik oder auch in der Kirche selbst gehört die zweifelhafte Tugend des „Sich -Durchlavierens“ bekanntlich sogar zum festen und bewährten Rüstzeug der eigenen Karriereplanung und -beförderung. Eine gewisse Neutralität und ein wenig Diplomatie – könnte man demgegenüber nun einwenden – schade doch auch nicht, könne doch von Nutzen sein, insbesondere dann, wenn es darum geht, starre Einseitigkeiten und ideologisches Schwarz-Weiß-Denken zu vermeiden. Doch in der Perspektive des christlichen Glaubens gelten unsere entsprechenden euphemistischen Selbstrechtfertigungsmanöver nicht. Nur so erklärt sich auch die harte Mahnung zu Umkehr und Buße an die „laue“ Gemeinde in der Offenbarung des Johannes, wenn es mit vernichtender Rhetorik heißt: „Weil du aber lau bist und weder warm noch kalt, werde ich dich ausspeien aus meinem Munde“? (Offb 3,16)

Unsere „bürgerliche“ Vernunft muss vor einer solchen Radikalität geradezu erstarren. Doch diese Art von radikaler Entschiedenheit und Bereitschaft für das Evangelium kann sich sehr wohl auf Jesus selbst berufen, wie wir wissen. So stellt sich auch die Frage an uns, denen

solch eine entschiedene Christusnachfolge als nicht mehr „political correct“ oder „gesellschaftsfähig“ erscheint: Stimmt mit unserer heutigen Nachfolge Christi auch noch alles? Wenn nicht mehr eindeutig aus dem Bekenntnis heraus Stellung bezogen wird, wenn nicht mehr mutig gesagt wird, „was Sache“ ist, wenn geschwiegen wird, wo Rede nötig wäre, zumal dann, wenn man ums Eigene fürchtet, dann hat man Christus nicht auf seiner Seite. Wenn Heil und Unheil auf dem Spiele stehen, Leben oder Tod, dann endet alles falsche Paktieren und „Herumeiern“, weil eben solche Unentschiedenheit doch letztlich nur vom Teufel ist. Wie viel Mut gleichwohl dazugehört, in der erkannten Wahrheit standzuhalten, mag die folgende historische Begebenheit belegen, die uns so gleichzeitig zur Mahnung gereicht: Als Chruschtschow in seiner berühmten Rede die Stalin-Ära brandmarkte, soll jemand in der Kongresshalle gesagt haben: „Wo waren Sie, Genosse Chruschtschow, als alle diese unschuldigen Menschen hingeschlachtet wurden?“ Chruschtschow hielt inne, blickte sich in der Halle um und sagte: „Würde derjenige bitte aufstehen, der das gesagt hat!“ In der Halle wuchs die Spannung. Niemand stand auf. Dann sagte Chruschtschow: „Nun, das ist die Antwort, wer Sie auch immer sein mögen. Ich war damals in genau der gleichen Lage wie Sie jetzt.“

Meißner

Unterstützt durch

Unsere Autoren:

Bundespräsident a. D.
Dr. Richard von Weizsäcker
Am Kupfergraben 7
10117 Berlin

Gustav Isernhagen
Feldstr. 13
29649 Wietzenorf

Melanie Liebscher
EAK-Bundesgeschäftsstelle
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin